

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 33 Erscheint jeden Sonntag Gotha, 18. August 1918 3 Bände kosten 50 Pfg. die einpaltige Pettizelle. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg. 32. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.
Verkürzung der Arbeitszeit. — Keine Ruhe. — Staatsrecht und Wucher. — Herabsetzung und Entschädigung. Die Krankenversicherungspflicht bei schwachem Arbeitsdienst. — Ueber die Krankenanstalten. — Gewerbetilgung. — Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin. — Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie. — Arbeitsnachrichten. — Ehrenliste.

Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Regelung der Arbeitszeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Sie ist das Hauptziel der Bewegung. Das muß sie auch bleiben. Die bisher noch vielfach üblichen Arbeitszeiten von 10 Stunden und mehr sind zu lang. Sie sind auch notwendig aus Gründen der Bedarfsdeckung, vor allem: sie sind gesundheitsmäßig für die Arbeiterklasse. Sie stehen im Widerspruch mit den Ansprüchen, die der werktätige Volk an freie Zeit und Erholung zu beanspruchen ist. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Kulturforderung.

Wir wissen uns frei von der Kinderzeit der Gewerkschaften, die sich noch herausgestellten Begründung, die die Arbeiterklasse müßte darum verkürzt werden, um Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeit zu schaffen, oder um Arbeitslosigkeit in größerem Umfange zu verhindern. In diesem Gesichtswinkel die Frage der Arbeitszeit zu stellen, das wäre rückständig und es wäre auch unethisch. Rückständig, weil es nicht unsere Aufgabe ist, die Produktivität der Arbeit einzuschränken, was wohl früher Arbeiter gemacht haben, indem sie die Arbeitskraft sparsam und Maschinen zerstörten. Wir wollen vielmehr die Produktivität der Arbeit steigern. Wir begrüßen jeden technischen Fortschritt; seine Anwendung darf nur nicht eine Erhöhung der Gefahren von Gesundheit und Leben der Arbeiter darstellen und soll nicht ein Mittel verschärfter Ausbeutung der Arbeiter sein.

Aus dem Grunde eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben, damit weniger produziert werde und der vorhandene Arbeitsstoff länger reiche, wäre unpraktisch, ist erfolglos. Erfolgrich darum, weil eine Verkürzung der Arbeitszeit doch stets durch verbesserte Produktionsmittel ausgeglichen wird. Ueberdies: eine allgemeine Produktionsbeschränkung bedingt auch eine Einschränkung im Verbrauch. Eine Einschränkung im Konsum zu bewerkstelligen, kann aber niemals unsere Aufgabe sein. Wir wollen ja die Konsumkraft aller Volksgenossen nach Möglichkeit gesteigert wissen.

Mit unserer Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit bezwecken wir durchaus nicht die Produktion einzuschränken; im Gegenteil: wir erwarten von einer Verkürzung der Arbeitszeit den starken Anreiz für die Leichter, verbesserte Arbeitsmaschinen zu konstruieren und Arbeitsmethoden zu erfinden, die den Ausfall an Arbeitszeit ausgleichen, wenn nicht gar übertreffen. Und in allen Industrien, in allen Gassen kann man die Tatsache konstatieren, daß mit der Verkürzung der normalen Arbeitszeit technische Verbesserungen und produktivere Arbeitsweisen sozusagen Hand in Hand gingen.

Wir erstreben kürzere Arbeitszeit, einmal, weil der Arbeiter mehr freie Zeit haben soll, in der er seinen Körper bilden und auch seinen Körper pflegen kann. Die Schule hat dem Arbeiter an Geisteskräften nicht viel abgegeben. Der Kunst und Wissenschaft stehen die Arbeiter heute leider noch ziemlich verständnislos gegenüber. Unsere Klassen- und andere Meister sind ihnen fremd; es fehlt ihnen die Fähigkeit, im Anhören guter Musik tief innerlich zu erbauen.

sie lernen es noch nicht, das Theater als Stätte der Charakterbildung und — Verebelung zu besuchen. Das ist nicht der Arbeiter? Schuld. Verantwortlich dafür sind jene, die der Proletariatskinder Unterricht und Erziehung in der Schule beherrschen.

Der Arbeiter soll aber auch Zeit gewinnen, um sich von der aufreibenden Last der Arbeit im Kreise der Familie oder in geselligen Vergnügen erholen zu können, ohne dafür die zum Ausruhen notwendigen Stunden angreifen zu müssen. Außerdem macht die stets fortschreitende Mechanisierung und größere Intensivität der Arbeit, mit einem erheblich gesteigerten Kräfteverbrauch und namentlich verschärfter Anspannung der Nerven, aus rein gesundheitlichen Gründen eine Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt erforderlich.

Das wären schon Gründe genug, die es rechtfertigen, das Hauptaugenmerk auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu legen. Es kommt aber noch ein anderer wichtiger, ein bedeutend wirtschaftlicher Grund hinzu. Mit der Frage der Arbeitszeit ist die Arbeitsbedingung überhaupt untrennbar verbunden. Wir können behaupten, ohne befürchten zu müssen, man könnte uns widerlegen: je länger die Arbeitszeit, um so schlechter im allgemeinen die gesamten Arbeitsbedingungen! Wo, in welcher Industrie, in welchem Gebiet die längste Arbeitszeit vorherrscht, da werden auch die niedrigsten Löhne bezahlt, da hapert es am tollsten mit der Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten, da betrachtet man hygienische Einrichtungen als überflüssigen Luxus, da ist das Akkordtreiben im Schwunge und da steht das willkürliche Strafwesen in Blüte.

Die Arbeitszeitverkürzung ist für uns eine Forderung aus allgemeinen kulturellen Gründen, nicht zuletzt auch aus der Ueberzeugung, daß wir hier den Hebel zu der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse schlechthin gefast haben. Bei einer verkürzten Arbeitszeit wollen wir selbstverständlich nicht unsere Lebenshaltung einschränken. Im Gegenteil! Wir wollen mehr freie Zeit, um auch mehr wertvolle Kultur genießen zu können. Also darf unser Einkommen nicht geschmälert werden. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit macht sich eine Stärkung unserer Kaufkraft von selbst notwendig. Und unsere Energie, die erforderliche Steigerung des Lohnes durchzusetzen, wächst wiederum mit der freien Zeit, die uns zur Verfügung steht.

Diese Energie ist weiter der beste Schutz gegen kapitalistische Gelfüste, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wenn die Lage am Arbeitsmarkt dazu anreizt. Hat eine rückständige Arbeiterklasse die Aussicht, Lohnkürzungen, die das Unternehmertum ihm zumutet, durch Verlängerung der Arbeitszeit wieder auszugleichen, dann läßt man sich gar leicht die Abzüge gefallen, schuftet dafür länger, um trotz der Lohnkürzung das alte Einkommen oder vielleicht noch etwas mehr herauszuschinden. Vergleichens Erfahrungen haben wir im Laufe der Jahre ungezählte Male machen können.

Selbstverständlich wissen auch die Unternehmer in dieser Beziehung trefflich Reiz. Daher ihr hartnäckiger Widerstand, einmal gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt, im besonderen jedoch gegen die Festsetzung eines nicht zu ausgedehnten normalen Arbeitstages und der Fixierung von erhöhten Stundenlöhnen und Akkordlöhnen für Ueberzeitarbeit, die zudem nur in wirklich dringenden Fällen gestattet sein soll. Der kapitalistische Instinkt hat längst erraten, daß die Arbeiterbewegung ungeheuer an Schwung und Kraft zur Durchsetzung ihrer Forderungen gewinnt, wenn es mit der Herrlichkeit der unbegrenzt langen Arbeitszeit, namentlich mit dem Ueberstundenunwesen vorbei ist. Diesen Widerstand des Unternehmertums haben unsere Vertreter ja auch bei den Verhandlungen über den Reichstarif kennen gelernt. Er war so stark, daß sich

diesmal noch keine generelle Verkürzung der Arbeitszeit durchdrücken ließ.

Erfreulich ist es, daß wir konstatieren, daß auch in den Kreisen unserer Mitglieberschaften die hohe Bedeutung dieser Frage mehr Gemeingut geworden ist. Die Unzufriedenheit darüber, daß der Tarif keine Verkürzung der Arbeitszeit gebracht hat, spielte ja in die Debatte stark hinein. Zu unserer Freude können wir sagen. Ist die Erkenntnis von der großen Bedeutung dieser Frage überall durchgedrungen, dann wachsen auch die Kräfte, um die Arbeitszeit nach den Wünschen der Kollegen zu regeln. (Hierbei mag nebenher erwähnt werden, daß die Festlegung von Ferien für die Arbeiter ein Teil der Arbeitszeitfrage überhaupt ist. Wir werden uns darüber in einer der nächsten Nummern eingehender äußern.) Damit kommen wir zu den Vorbereitungen, die erfüllt sein sollen, wenn wir mit unbedingter Aussicht auf vollen Erfolg einen Vorstoß zur Verkürzung der Arbeitszeit unternehmen, wobei die Absicht hinter uns steht, die Offensive nicht eher einzustellen, bis das Ziel erreicht ist.

Welches sind diese Vorbereitungen? Zunächst Stärkung der Organisation. Dabei muß jedes Mitglied helfen. Es kann das nun ziemlich leicht. Der Abschluß des Reichstarifs bietet bei der Werbung unter den bisher Gleichgültigen und Neulingen in unserem Berufe ein so starkes Agitationsmittel, daß es nicht schwer fallen kann, diese Kollegen und Kolleginnen in die Organisation hineinzuziehen. Dann ist weiteres notwendig. Die Neugewonnenen, sowie die sonst noch Unaufgeklärten in unseren Reihen, müssen systematisch belehrt und erzogen werden. Belehrt werden über die Wichtigkeit und Nützlichkeit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit, die an sich ein nicht hoch genug zu schätzender Vorteil ist, die aber weiter noch das beste und sicherste Mittel ist, auch andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, namentlich in der Frage der Bemessung der Löhne. Erzogen werden müssen die Mitglieder sodann zu dem unbedingten Willen, unbedingt alle Kräfte für die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit einzusetzen, wenn nach reiflicher Ueberlegung die Organisation zu der Ansicht gekommen ist, daß der Kampf für die Erreichung des Zieles einzusetzen habe.

In diesem Sinne kann natürlich auch das einzelne Mitglied wirken. Aber die Hauptarbeit, den Anstoß zu der mündlichen Agitation im Hause, in der Werkstatt, überall, hat die lokale Organisation zu leisten. Sie muß unterstützt vom Hauptvorstande und durch das Bundesorgan, belebende Vorträge veranstalten, die in gemeinsamer verständlicher Form den Mitgliedern den Stoff nahe bringen, die den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung in die Kollegenchaft hineintragen, damit er hier zu dem entschlossenen Willen sich gestaltet: wir rufen, um zu schlagen den Feind, der uns die erforderliche Verkürzung der Arbeitszeit wehren will!

Ertämpfen wir eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, dann haben wir die gesamte Kollegenchaft auf dem Wege des sozialen und wirtschaftlichen Aufstieges ein tüchtiges Stück vorwärts und aufwärts gebracht.

Keine Ruhe.

Es gibt keine Ruhe im Wirtschaftsleben. Die Arbeiter werden wohl oder übel, immer von neuem in Wirtschaftskämpfe hineingestoßen. Raum habe es nämlich eine Verteuerung der Lebenshaltung durch Lohnsenkungen, oder auch nur schlecht ausgeglichene, dann treiben die Erzeuger die Preise erneut hinauf. Was die Arbeiter mühsam errangen, wird ihnen fast umgehend wieder fortgenommen. Es ist selbstverständlich

... daß die Arbeiter sich das nicht einfach ruhig gefol-
let lösen, sondern ihre gemeinschaftlichen Machtmittel
einsetzen, um für die weitere Preiserhöhung erneut
Vorzugsrechte einzutauschen. Dann klagt man auf der
anderen Seite über Begehrlichkeit der Arbeiter, über
hohe Löhne und Verbeugung. Die Preistreiber jedoch
sind es in Wirklichkeit, die durch ihre Begehrlichkeit ver-
zerrt wirken und das Wirtschaftsleben niemals zur
Ruhe kommen lassen.

Man kann keine agrarische Zeitung lesen, ohne auf
irreführende und falsche Behauptungen über die Löhne
der Arbeiter und auf energische Forderungen nach
weiteren Preissteigerungen zu stoßen.

Bei all dem handelt es sich immer nur um das
Eine: um die Erlangung höherer Preise und damit um
gesteigerte Gewinne. Alle anderen Begründungen
sind nur Deckmützel für diesen einen Beweggrund. Zu-
weilen wird er als Mittel ausgespielt. Der eigentliche
Zweck sei die Steigerung der Erzeugung, die Mehrung
der Durchhaltekraft Deutschlands. Diese Mehrung sei
eben nur durch höhere, durch Anreizpreise und Anreiz-
gewinne zu erreichen. Mit solcher Begründung stellen
die Wortführer der Bauern die Bauern gerade kein
schönes Zeugnis aus, wünden ihrem Idealismus sicher-
lich keinen Ruhmesstranz. Das sei nur nebenher er-
wähnt. Wie aber steht es mit der sachlichen Rich-
tigkeit der herausgestellten Begründung? Wir vernemen
sie bereits seit vier Jahren. Und in diesen vier
Jahren sind die Preise aller landwirtschaftlichen Erzeug-
nisse wiederholt erhöht, verdoppelt, verdreifacht, ver-
vielfacht worden. Aber die immer angekündigte Steige-
rung der Produktion ist ausgeblieben. Und noch so
starke Preisauflagen werden auch in Zukunft keine
Mehrung der Gesamtmenge an Nahrungsmitteln her-
vorbringen.

Der Erfolg der bisherigen Preispolitik, bald bei die-
sem, bald bei jenem Erzeugnis Zuschläge zuzubilligen,
bewirkte lediglich, daß man jenes Erzeugnis, dessen
Preis jeweils als der vorteilhafteste betrachtet wurde,
mehr anbaute und dann auch wohl in größerer Menge
ernte. Das geschah dann natürlich stets auf Kosten
anderer Produkte. Hier ward der Mangel sodann um
so läßtbarer. Und um so lauter erklang der Ruf nach
höheren Preisen, damit die Erzeugung gesteigert werde.

Seit Jahren bewegen wir uns in diesem Kreise:
höhere Preise für das eine Produkt, verschärfter Man-
gel an den anderen Erzeugnissen. Dann wieder Erhö-
hungen der Preise und Verminderung der Erzeugung
bei den weniger stark verteuerten Lebensmitteln. Dieses
in den Verhältnissen begründete Hin und Her kann
selbstverständlich auch nicht durch eine allgemeine, erheb-
liche Steigerung der Preise gewandelt werden.

Seit Jahren wird uns versichert: die Erzeugung
geht zurück, weil es an Düngemitteln fehlt, weil der Boden
ausgemergelt ist, weil nicht genügend Gespanne,
Geräte und Arbeitskräfte vorhanden sind.

Es fehlt nun der Nachweis, daß weitere Preisstei-
gerungen den Mangel an Düngemitteln, an Spannkraften,
an Arbeitern und das Manko an Ertragsfähigkeit
des Bodens beheben würden. Oder sind die Behauptun-
gen über die Ursachen der verminderten Ernteer-
träge nicht zutreffend? Jedenfalls kostet hier ein W-
derpruch.

Tatsächlich ist es so, daß die angezogenen sachlichen
Ursachen die Erzeugung begrenzen. Und keine Preis-
steigerung kann die sachlichen Grenzen der Erzeug-
ungsmöglichkeit erweitern.

Auf die Frage: wo die Erzeugung durch Preisstei-
gerung gefördert worden sei, wird man antworten: eine
allgemeine Produktionssteigerung konnte noch eintre-
ten, weil die Preise infolge der ebenfalls gestiegenen
Kosten noch nicht hoch genug sind! Wir können dar-
auf erklären: die verlangte Hochgrenze der Preise wird
niemals zu erreichen sein, denn mit jeder Preissteige-
rung werden auch die Kosten größer, steigen auch die
Erzeugungskosten und wird der Profit des Handels
größer.

Was uns not tate, das wäre eine Steigerung unserer
Gesamternte an Nahrungsmitteln. Eine solche Steige-
rung ist jedoch wie klar auf der Hand liegt, nicht mög-
lich. Der Mangel an ausreichendem Angebot kann
aber auch nicht durch die im Frieden mögliche Zubuhr
aus dem Ausland ausgeglichen werden. Unfreie neu-
tralen Mächtern haben selbst keinen Ueberfluß und im
übrigen hat der Krieg unsere Grenzen für die Einfuhr
geperrt. Diese unbestreitbaren Tatsachen machen die
Theorie vom freien Markt, von der Preisregelung durch
Angebot und Nachfrage hinfällig. Es gibt keinen freien
Markt und somit auch keinen freien Handel. Was die
Landwirte und Händler nun als „freien Handel“ aus-
geben, ist in Wirklichkeit nur eine unbeschränkte Frei-
heit für Preissteigerungen.

In der agrarischen Presse behauptet man aller-
dings fortgesetzt: die beste Regelung der Wirtschaft sei

der freie Handel. Er höhene den Ausgleich zwischen An-
gebot und Nachfrage. Werde wenig angeboten, müs-
sen natürlich die Preise steigen. Die höheren Preise be-
wirken sofort eine Steigerung der Erzeugung, damit
eine Verstärkung des Angebots und das verklärte An-
gebot drücke die Preise von selbst auf das richtige Maß
herab. Um zu beweisen, daß ihre Theorie richtig sei,
verweisen die agrarischen Führer darauf, daß in ein-
zelnen Städten einzelne der festgesetzten Höchstpreise
insolge des starken Angebots von Ware nicht zu Hal-
ten gewesen seien, die Händler und Erzeuger also durch
das Wirken der größeren Erzeugung oder besonders
günstigen Ernte gezwungen worden seien, auf den gün-
stigeren Höchstpreis zu verzichten, sie mußten sich mit
weniger begnügen, wollten sie ihre Ware nicht verder-
ben lassen.

Auf den ersten Blick erscheint diese Argumentation
für die Theorie und Forderung der Agrarier sehr ein-
leuchtend. Aber wirklich nur auf den ersten und zwar
nur oberflächlichen Blick. Als ein Beweis gegen das
agrarische Argument mag folgendes Beispiel dienen:
Der Preis für Futterrüben wird so hoch getrieben, daß
ihre Anbau besonders lockt und dafür die Erzeugung
von Kartoffeln vernachlässigt. So passiert es, daß die
Minderbemittelten Futterrüben um sehr hohen Preis
kaufen und anstatt Kartoffeln verzehren müssen. In
solchem Falle hat allerdings der hohe Preis die Produk-
tion gesteigert. Wer aber will behaupten, das sei zum
Vorteil für das Volk geschehen?

Wer hat aber an unbegrenzten Preissteigerungen
ein Interesse? Natürlich die Erzeuger und die Händler,
schließlich allerdings auch noch der Kriegsgewinnler,
überhaupt alle wohlhabenden Volksgenossen. Für die
Verbraucher im allgemeinen sind die Preissteigerungen
von unberechenbarem Nachteil. Je höher die Preise
hinaufschwellen, um so mehr bleibt von den Vorräten
für die Notleidenden reserviert, um so schärfer müssen
die Minderbemittelten ihre Ernährung einschränken.
Und das ist gleichbedeutend mit einer bedenklichen
Schwächung der Volkskraft, mit einer Schädigung des
allgemeinen Gesundheitszustandes. Am schlimmsten
haben unter der fortgesetzten Preissteigerung die Ar-
beiter zu leiden, deren Löhne hinter der Preissteige-
rung weit zurückbleiben. Das ist wiederum die große
Wehrzahl des Volkes.

Bald nach Ausbruch des Krieges zogen die Preise
wichtiger Lebensmittel kräftig an. Einige Arbeiter-
gruppen in kriegswichtigen Betrieben verlangten ent-
sprechende Lohnerhöhungen. Man hatte ein Interesse
daran, diese Schichten von Arbeitern bei guter Stim-
mung zu erhalten. Die Herrensleitung kam den Unter-
nehmern bei dem Eingehen auf die Wünsche der Ar-
beiter entgegen. Indem sie großzügig sehr gute Preise
für die in Frage kommenden Erzeugnisse bewilligte.
Ja, wo die Unternehmer sich zu sehr Lohnerrhöhungen
widersetzten, da wurden sie von den militärischen Stel-
len veranlaßt, ihren Widerpruch sollen zu lassen. Kurz-
zum: verschiedene Arbeitergruppen erlangten ziffern-
mäßig bemerkenswerte Lohnerrhöhungen. Für die durch
die Umstände weniger oder gar nicht begünstigten Ar-
beiter waren die Lohnerrhöhungen viel geringfügiger
und manche Gruppe von gewerblichen Arbeitern für die
der Arbeitsmarkt sich immer schlechter gestaltete, muß-
ten auf Lohnsteigerungen vollständig verzichten oder
die nominellen Erhöhungen blieben hinter der Verteu-
erung der Lebenshaltung zurück. Aber sie müssen ge-
nau so, wie die besser entlohnten Arbeiter die höheren
Preise bezahlen. In ähnlicher Lage befinden sich An-
gestellte, mancher kleine Handwerker, Gemeinheitsbe-
rater und vor allem: die Wehrzahl der Kriegerrfrauen mit
ihren Familien!

Wirklichen Vorteil von dem geschiederten Kreislauf
haben im allgemeinen nur die Großproduzenten. Wie
für den gewerblichen Arbeiter die Lohnsteigerung ein
sehr anziehendes Kapitel ist, vielfach Lohnerrhöhungen
als Lösung der sozialen Frage aufgefaßt und bewertet
werden, so haben diese, in noch verklärtem Maße, in
der Landwirtschaft und nicht zuletzt bei den kleinen Be-
sitzen einen starken Reiz. So ist es erklärlich, daß die
führenden Leute und Organe mit ihrer auf Erlangung
höherer Preise gerichteten Politik, bis in die Reihen
der kleinen Pächter hinein, Zustimmung und Anhänger
finden. Bei ruhiger Beurteilung der Verhältnisse wür-
den die Pächter, Bauern, überhaupt das große Heer der
kleinen Produzenten finden, daß mit der erwähnten
Politik nur die Wünsche einer kleinen Gruppe von
Erzeugern besorgt werden, sie selbst tatsächlich nur als
Steigbügel fremder Interessen dienen.

Das Hochziehen der Preise für Lebensmittel geht
unabwendbar auch die Preise aller anderen Waren in
die Höhe. Landwirtschaftliche Maschinen, Geräte, Klei-
dung, Hausmöbel und sonstige Einrichtungsgegenstände
werden teurer; die Löhne steigen, Steuern werden hin-
aufgeschraubt. Das alles zusammen trifft bei den klei-

nen Erzeugern sofort einen Teil der Mehrerträge
wieder weg. Und der Ueberfluß ist nur eine Illusion.
Sie muß nachher verbraucht werden, wenn die un-
terbleibenden Anschaffungen erfolgen, wenn die
Düngung des Bodens diesen wieder vollumfänglich
möglich machen soll. So ergeben sich später notwen-
digenfalls Ausgaben, die sicher den größten Teil der letzten
Sparnisse fortstreifen.

Anders liegen die Verhältnisse bei den Groß-
besitzern. Da sie mit verhältnismäßig weniger Ar-
beitskräften produzieren als die kleineren Betriebe, so
sind ihnen das Unkostenkonto nicht so gewachsen wie bei
den kleineren. Sie hatten überdies schon im Frieden einen
oder minder großen Ueberfluß. Die auf diesen
tragsteig entfallenden Preissteigerungen ver-
zerrt ihnen nun natürlich reiflos. So wird die Preisstei-
gerung für die Großgrundbesitzer ein klares, sehr ge-
winnliches Geschäft.

Sie die Kriegsmateriallieferanten und betriebs-
händler halten mit den fortgesetzten Preissteigerun-
gen reiche Ernte, alle übrigen Volksgenossen profitieren
überhaupt nichts, was für die überlebende Wehr-
zahl gilt: sie müssen die Kosten zahlen, sie sind die
Leiden, die den Honig produzieren, an dem sich die
Leiden göttlich tun.

Was aber folgt für die Arbeiter aus der Preis-
bewegung? Daß sie nicht ruhen und rasten kön-
nen. Den neuen agrarischen Vorstoß zur Erlangung
weiter gesteigerter Preise müssen sie sofort durch
ebenfalls neue Lohnbewegungen beantworten.

Staatsanwalt und Wucher.

In den „Düsseldorfer Nachrichten“ rechnet ein
Anwalt Dr. Nagel mit den Wuchern ab:

„Es muß jeden Freund des Vaterlandes mit
dem Schmerz und banger Sorge erfüllen, daß aus-
sichtlich die Wucherer die Herren sind... Es ist
merkwürdig und kaum fassbare Erscheinung, daß
das ganze deutsche Volk ohne Unterschied arm, freudig
selbstverständlich sein Blut dem Vaterland darbringt,
daß weite Kreise aber ihr Gut — nicht etwa nicht
Opfer bringen wollen, was ja von keinem ver-
weigert wird — aber ihr Gut durch vampirische Ausbeute
der eigenen Volksgenossen höher und höher anzuhe-
ben, nicht als die erbärmliche Schande, die es ist, er-
heben. Das Dret- und Vierfache der amtlichen Hö-
chste Preise wurde insbesondere für Obst verlangt.
Staat aber, dem doch die Pflege der Wohlhaben-
ganges Volkes obliegt, sehr nicht etwa mit einer
Fauft dazwischen und zwingt die Willkürgefahrenen
vaterländischen Pflichterfüllung sondern man
vor ihnen zurück, steigert die Höchstpreise und
ob die Vampire sich auf Grund dieser Prämie für
vaterlandloses Verhalten vielleicht bereit finden
den, ihre Pflicht zu tun. Glaubt man denn aber
nicht, daß auf diesem Wege bei den Unerfährlichen
zu erreichen ist, daß sie nicht ein Hochleben über
Schwäche, die man ihnen gegenüber zeigt, anstim-
men und ihre Begehrlichkeit immer weiter steigern wer-
den? Man kann nicht, daß auf diese Weise alle staat-
liche Autorität untergraben wird, daß man die Bevölkerung
daran gewöhnt, die Gebote des Staates zu mißachten,
da ja zu erwarten ist, daß der Staat dies ruhig hin-
nehmen und sich vor seinen Verächtern beugen wird? O-
rade der Kriminalität sieht täglich, wie großes Un-
heil durch solche Wucherungen angerichtet wird. Er er-
kennt täglich die Ungehörigkeit, daß einigen Volkst-
weir über das freundschaftliche Einkommen hinaus-
gehende Gewinne aus dem Verkauf von Lebensmitteln
gestattet werden, daß andern Volkst- weir aber,
hierdurch in bittere Not geraten, härtere als die
menschenwürdigen Strafen für Feld- und Obstdiebstahl
gedroht werden, die doch eben meist nur von wuch-
ernden Leuten begangen werden, denn andere be-
schäftigt sich wahrlich nicht damit.“

Das ist eine Inkonsequenz und diese ganze Inkon-
sequente Methode erregt so viel Erbitterung und Be-
zweiflung, daß jedem Einsichtigen die Pflicht er-
scheint, die warnende Stimme zu erheben. Staat werde
„Wenn ich Strafrichter wäre, ich würde die Wucherer
erbarmungslos ins Zuchthaus stecken.“
nach Zeitungsberichten der Landra: von Kleve kürz-
lich ausgesprochen. Ein treffliches Wort! Freilich müßte
der Gesetzgeber dem Strafrichter erst die Macht dazu
geben, die er bisher kaum in praktisch verwendbarer
Weise hat. Aber es braucht nicht mal gleich das Zu-
chthaus zu sein. Man entziehe einigen Erzeugern, die
Produkt nicht für den Höchstpreis liefern, die ge-
wöhnliche Ernte ohne Entschädigung, wucherischen Händlern
ganzem Vorrat, und schleße ihre Äden. Man
erbarmungslos Härte und unbesugte Entschä-
dung im Kampfe gegen die Blutsauger, und gar
wird der Spott wieder der Herr im Lande sein.“

Das alles sind Dinge, die mit dem Krieg nichts zu tun haben und abgestellt werden können. Wenn es so weiter geht, dann hilft kein Reden, keine schöne Geste, keine Hinweis auf die Wichtigkeit der Landesverteidigung, kein Weisheit auf eine bessere Zukunft, kein Versprechen, daß unsere Kameraden einmal das gleiche Bahnglück bekommen werden; uns Arbeiter grüßt dann in langer Zeit der völlige Zusammenbruch an. Wir erkennen die Landesverteidigung an, aber wir verweigern das Recht, uns öffentlich zu verleigern, unsere letzte Verantwortung in Kriegsgewinn zu verwankele. Man will überhaupt nicht, wie es in Wirklichkeit aussieht. Man will finden wir ein Verständnis für unsere Lage. Die Arbeiter in unserem Beruf können sich kaum mehr helfen, sie müssen zusehen, wie sie bei lebendigem Leib absorbiert werden. Hier heißt nur sofortiges Eingreifen der Regierung. Genügende Leuchtungsanlagen auf der einen, Sicherstellung der nötigen Bedarfsartikel auf der anderen Seite. Aber das muß rasch geschehen. Wir erziehen um schnellste Vermittlung, so oder so.

Diese Zeiten sind das Echo von über hundert Zuschüssen. Wir bitten die Regierung, sie nicht unbeachtet zu lassen.

**Zentralverband der Dachbeder.
Die Verlängerung der gemeinschaftlichen Reichstarife.**

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband und Zentralverband der Bäcker und Konditoren stehen seit 1904 im Tarifverhältnis. Die laufende Tarifperiode wurde 1914 vereinbart und trat die beiden Reichstarife mit Ausbruch des Weltkrieges am 1. August in Kraft, mit der Bestimmung, daß sie bis 31. Juli 1919 Gültigkeit haben, wenn sie ein Jahr vorher gekündigt werden, andernfalls kommen sie erst 1921 zum Ablauf. Die beiden Verbände einigten sich dahingehend, in Anbetracht der unsicheren Wirtschaftslage, unter der besonders die Genossenschaften leiden, von der Vertragskündigung Abstand zu nehmen und den Vertragskontrahenten vorzuschlagen, die Tarife um ein Jahr bis zum 30. Juli 1920 zu verlängern. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist diesem Vorschlag beigetreten und stimmte der Vertragsverlängerung zu. Außerdem wurde bezüglich der Bäcker vereinbart, daß die Regelung der Bezahlung der Ueberstunden an Sonntagen und Feiertagen, die bisher wie die Ueberstunden an Werktagen berechnet werden, nach Erlass des Nachbaberbot-Gesetzes erfolgen soll.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin.

Betreffend Erneuerung der Bodenleberarten für die Gruppe Kleinverehr

Geben mehrfache Anfragen der Kontrollstelle für freigegebenes Leder Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:
Eine große Zahl von Bodenleberarten für die Gruppe Kleinverehr ist bereits auf der Rückseite vollständig beschriebenen, so daß für weitere Eintragungen kein Raum mehr vorhanden ist. Erweitert vollständig ausgefüllte Leberarten sind von den Leberleinbandlungen und Rohstoffgenossenschaften, sobald sie ihnen zu Gesicht kommen, anzuhalten und gegen Einziehung der Kontrollstelle einzusenden mit dem Antrage auf Ausstellung einer neuen Leberkarte.
Aus Zweckmäßigkeitsgründen dürfte es sich empfehlen, wenn die Leberleinbandlungen und Rohstoffgenossenschaften nicht jede einzelne Karte besonders der Kontrollstelle übersenden, sondern eine gewisse Zahl ansammeln und erst dann der Kontrollstelle übermitteln.

Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Nachtrag

zur Bekanntmachung Nr. 151 vom 19. November 1917 betreffend Vorschriften für die Herstellung von Kriegsschuhwerk für die bürgerliche Bevölkerung.

I. Mittelungen der Reichsstelle für Schuhverfertigung Nr. 2, Seite 43 ff.

(Beschlüssen in der Vollversammlung vom 18. Juli 1918).

II. Änderungen der Ausführungsvorschriften für Kriegsschuhwerk A und B.

Der Schaffbesatz: Oberlederplatte dürfen auch für die Platten von Kriegsschuhwerk verwendet werden, wenn sie genügend gefestigt sind und eine Stärke von mindestens 2 mm haben.
Das Schafffutter: Bei Verwendung von dem durch Vermittlung der Schuhwarenherstellung- und Vertriebsgesellschaften zu beziehenden neuen Schuhoberschuh soll grundsätzlich die vom Ueberwachungsausschuß für Kriegsschuhwerk bestellte Qualität Papiergewebefutter verwendet werden. Für die bei Verwendung von Schuttschuh anstatt Papiergewebefutter mit

diesem neuen Papiergewebefutter entstehenden Mischlöchern wird ein dieses Mischlöcher entsprechender Zuschlag zu den Einheitspreisen für Kriegsschuhwerk gemacht werden, dessen Höhe in Höhe bekanntzugeben wird.

Der Oberlederanteil über dem Hinterfuß ist nicht nur bei Verwendung von Papiergewebefutter, sondern auch bei allen anderen Arten Lederschuhen anzubringen.

Die Jungst: Wenn anstelle des Papiergewebes über der Sohle ein solches Lederschuhe verwendet wird, aber nicht anstrich, kann das Einpassen sowie das Umbiegen der Jungst wegsfallen.

Die Bemessung: Die vorgeschriebene Anzahl von Stahlchönern sollte sich für je ein Paar verstehen. Da jedoch die verschiedenen Arten Stahlchönern auch verschiedene Größen haben, wird die Richtzahl dahin abgedehert, daß eine genügende Anzahl Stahlchönern je nach Größe der zur Verwendung kommenden Stahlchönern und des Schuhwerks angebracht werden müssen.

Berlin, den 18. Juli 1918.
Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.
Der Vorsitzende: Wallerstein.

Richtigstellung

der Bekanntmachung Nr. 261 vom 15. Juni 1918 betreffend Preise für Kriegsschuhwerk.

(I. Mittelungen der Reichsstelle für Schuhverfertigung Nr. 2, Seite 41).

Bei Kriegsschuhwerk B mit gestärkter Sohle sind die Kleinverkaufspreise wie folgt abzuändern:
Größe 27/30 21/35 48/47
RM. 16,20 17,- 24,30
anstatt RM. 15,15 16,95 24,25

Berlin, den 18. Juli 1918.
Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.
Der Vorsitzende: Wallerstein.

Richtigstellung

zur Bekanntmachung Nr. 262 betreffend Vorschriften für die Herstellung und Preisberechnung der vom Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie festgesetzten Einheitsmodelle in Paarschuh und Pantoffeln.

(I. Mittelungen der Reichsstelle für Schuhverfertigung Nr. 2, S. 44).

II. Hauschuhe.

Bei Artikel 4, Schaftausführung, ist noch hinzuzufügen:

**Lehrerkrankenkasse der Schuhmacherrinnung (Zwangsinnung Berlin).
Bekanntmachung.**

Auf Grund der unter dem am 7. Juli 1918 ausgesprochenen Aufforderung der Vertreter der Versicherten im Ausschuss für die Einreichung von Ergänzungsvorschlägen zum Vorstand geben wir den Beteiligten bekannt, daß nur ein Wahlvorschlagn mit der höchst zulässigen Vertreterzahl eingereicht, vom Vorstand als gültig anerkannt worden, und gelten die Vorgeschlagnen als gewählt.

Die hierzu für den 26. August 1918 angesetzte Wahl ist hiermit aufgehoben.
Anfechtungen gegen die Gültigkeit der Wahl sind bis zum 20. August 1918 bei dem unterzeichneten Vorstand oder dem Versicherungsamt einzureichen.

Berlin, den 4. August 1918.

Der Vorstand.

Karl Eckerlein, Vorsitzender.
R. Schenk, Schriftführer.

Bezugnehmend auf obige Bekanntmachung setzt sich nunmehr der Vorstand wie folgt zusammen:

Karl Eckerlein, 1. Vorsitzender, Arbeitgeber.
Karl Blaffert, 2. Vorsitzender, Arbeitnehmer.
Reinh. Schenk, 1. Schriftführer, Arbeitnehmer.
Heinrich Holzgrafe, 2. Schriftführer, Arbeitnehmer.
Wilhelm Bierberg, Arbeitgeber.
Karl Günther, Arbeitgeber.
Franz Zunk, Arbeitnehmer.
Bruno Krüger, Arbeitnehmer.
Karl Dally, Arbeitnehmer.

Berlin, den 4. August 1918.

Der Vorstand.

Karl Eckerlein, Vorsitzender.
R. Schenk, Schriftführer.

Täckse

Richard Drescher.

Tüchtige Lederzuschneider zum sofortigen Eintritt gesucht.
Gebr. Neuburger, Schuhfabrik Bamberg in Bayern.

Der Schaff V bei Verwendung von Papiergewebefutter über dem Hinterfuß, jedoch ohne Hinterfuß bei Verwendung von Lederschuhen in gleicher Ausführung ohne Hinterfuß mit Hinterfuß, herzustellen.

Berlin, den 24. Juli 1918.
Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.
Der Vorsitzende: Wallerstein.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, für die Woche vom 12. Aug. bis 18. Aug. der RM. Beitrag fällig ist.

Rechenberg, den 10. August 1918.
Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Calau. Alle Unterstüßungen zahlte Otto Stamm, 2. Sonntagabend 12-2 Uhr mittags aus.

Burg. Für die Sterbefälle der Kollegen August Roth und Andreas Horbach ist der 76. und 77. Sterbefall fällig bezw. das 76. und 77. Feld auf der Solahilfskassenkarte zu legen.

Weißenfels. Für das Mitglied Albert Döschmann (s. Nr. 2) ist die 22. Marke zu legen.

Ehrentafel

für unsere im Felde gefallenen Mitglieder
Calau. Karl Bernhardt, gefallen.

Redaktionschluss

Montag früh 10 Uhr. Berichte müssen spätestens Sonntagabend früh, kurze Notizen und Depeschen Montag früh in unseren Händen sein.
Die Redaktion.

Neuer Katalog

(ca. 170 Abbildungen über Schuhmacherwerkzeuge)
Verband gratis und franko. — Preis 1,00 per Nachnahme.
E. Wöglé, Berlin, Lothringersstraße 83.

Handstanzmesse

Größe I 8,00 RM. — II 7,50 RM. — III 6,50 RM.
Fernruf 590 Amt Ostigs.
Ihes Dreuer, Wersheid 1. Kölln.

Die Arterienverkalkung

Erkennung, Schlagschlag, Wesen, Verhütung und Behandlung von Dr. Luba. Wertvolle Ratsschläge und die zur Verhütung. Preis nur RM. 1.80 per Nachnahme.
Aug. Habrich, Verlag, Berlin-Göden.

Nachruf.

Als weitere Opfer des Krieges verlor die Kollegen
Willy Grothius
Albert Falkenberg
ferner entlich und der Tod die Mitglieder
Luise Bohnagen
Pauline Klein
Frida Paproth
August Neubauer
Andreas Horbach.

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Jahresscheine Burg 1. 1918.

Wir bitten unsere Mitglieder, die im „Schuhmacherverband“ weitere Beiträge zu leisten.